



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Spectator: Politik und Wirtschaft

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

anderen Dingen: nach der Monumentalität und nach der Idylle. Das ist der Stil, den Europa — in Kunst und Leben — braucht und den es bekommen wird. Nicht das Monumentale oder das Idyllische, auch nicht ein Mittelthing zwischen beiden, sondern beides zugleich, das Große und das Kleine, die Weite und die Enge, die Majestät und die Lieblichkeit. So weit spannen wir Heutigen den Bogen unseres Gefühls.

Die Kunst des Exzentrischen aber mit ihren betäubenden Gerüchen und üblen Düften, wenn ihre Blätter und Blüten einmal verwelkt sind, wird einen vortrefflichen Dünger abgeben für eine ganz andere Blume, die wir schon lange suchen und die aus dem umgegrabenen Boden alsdann leicht und üppig emporkommt: Phantastik nämlich, die gesündere Schwester der Romantik.

In einer Welt aber, die ihren Sinn wiedergefunden haben wird, werden wir dieses luftige Wesen Phantastik nicht ungern finden — wir Philister.



Politik und Wirtschaft



Das neue Jahr hat bisher keine Änderung in der Unsicherheit der Wirtschaftslage gebracht. Die Friedensverhandlungen sind noch nicht zum Abschluß gediehen, die Formel, welche die verwickelten Verhältnisse auf dem Balkan zur Lösung bringen soll, ist noch nicht gefunden. Daher will der Druck, den die politischen Verhältnisse auf die Stimmung und die Wirtschaftslage ausüben, nicht weichen. Rußland und Österreich befinden sich noch immer im Zustand erhöhter Kriegsbereitschaft. Diese Konstellation ist nicht dazu angetan, die wirtschaftliche Unternehmungslust zu fördern. Das Gefühl der Unsicherheit prägt sich am deutlichsten in dem Auf- und Abschwenken der Börsenkurse aus. Scheinen die politischen Aussichten besser, so erinnert man sich gern, daß die Konjunktur für Kohle und Eisen noch keine fühlbare Einbuße erlitten hat und setzt die Kurse in die Höhe, um bei der ersten ungünstigeren Nachricht sich um so größerer Mutlosigkeit zu überlassen. Inzwischen zeigt sich auch, daß die große Börsenroute doch nicht allenthalben so gut überstanden worden ist, wie es anfänglich den Anschein hatte. In den kleineren Städten des Allgäu haben sich Aufsehen erregende Bankrotte von Privatbankhäusern ereignet. Ähnlich, wie vor einigen Monaten in der Lausitz und Schlessien, zog ein Zusammenbruch den anderen nach sich. Das aufgeregte Publikum stürmte die Kassen und brachte so auch Firmen zu

Fall, die ohne diese Massenkündigung von Depositengeldern keiner Gefahr ausgesetzt gewesen wären. Es zeigte sich aber, wie in fast allen früheren Fällen, bei diesen Zusammenbrüchen die typische Erscheinung, daß große Spekulationsverpflichtungen und eine mangelhafte Liquidität bei relativ sehr hohem Bestand der Einlagegelder die unmittelbare Ursache des Zusammenbruches abgaben. Die Gründe für diese bedauerliche Tatsache liegen zu einem guten Teil in der schwierigen Stellung des Privatbankiers, der durch die Organisation der Großbanken bedrängt und in der Verdienstmöglichkeit verkürzt wird. Daher die Pflege des Spekulationsgeschäftes, die ihm einen unsicheren und wenig verlässlichen Kundenkreis zuführt, daher das Auffuchen riskanter Kredite, welche zu dauernder und gefahrvoller Festlegung der Mittel zwingen. Die Verluste, welche die ländliche Bevölkerung in diesen Fällen erleidet, sind tief zu beklagen. Dennoch darf man sich nicht dazu verleiten lassen, diese vereinzelt und durch das Zusammenwirken ungewöhnlicher Umstände hervorgerufenen Fälle zum Anlaß zu nehmen, um nach gesetzlichen Beschränkungen zu rufen, wie es im Reichstag geschehen ist. Die Frage, ob ein Depositengesetz erstrebenswert und unseren wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt sei, ist gelegentlich der Bankenquete in ganz besonders gründlicher und eingehender Weise untersucht und erörtert worden. Die hervorragendsten Sachverständigen haben sich hierüber geäußert. Das Ergebnis ging aber schließlich dahin, daß man von einer gesetzlichen Beschränkung des Depositenwesens ab sah, in der Erkenntnis, daß die mit einem solchen Gesetz verbundenen wirtschaftlichen Nachteile und Gefahren allzu groß sein würden. Die Gefahren, welche dem Einleger aus unserem gegenwärtigen System der bankmäßigen Verwaltung drohen, darf man unter dem Eindruck solcher vereinzelter Vorkommnisse nicht überschätzen. Angesichts der sich auf viele Milliarden belaufenden, in Form von Spargeldern und Depositen bankmäßig verwalteten Einlagen sind die durch Zahlungseinstellungen erlittenen Verluste minimale; sie berechnen sich im Durchschnitt der Jahre nur auf Bruchteile eines Prozents. Mit Fug und Recht hat daher die Reichsregierung sich abgeneigt gezeigt, das einstweilen abgetane Problem aufs neue zur Erörterung zu stellen. So ungemein wichtig die Depositenfrage für unser ganzes Geld- und Kreditssystem ist, so darf man sie doch nicht aus dem Gesichtspunkt betrachten, als sei ein besonderer Schutz der Einleger vonnöten.

Die Besprechungen, welche in der Budgetkommission des Reichstags über diese Frage stattgefunden haben, streiften auch, wie natürlich ist, die starke Anspannung des Geldmarktes am Jahreschlusse und die Lage der Reichsbank. Diese außergewöhnliche Erscheinung regt zu immer neuen Erörterungen und Untersuchungen an. Niemals ist auch nur annähernd ein solcher Geldbedarf an das Institut herantreten als kürzlich; alle Vergleiche aus früheren Jahren, auch mit dem letzten Hochkonjunkturjahr 1907, versagen. Ein Wechselbestand von über 2 Milliarden, ein Notenumlauf von $2\frac{1}{2}$ Milliarden, eine Steuer-

pflücht von über 700 Millionen gehen weit über das bisherige Höchstmaß hinaus. Es ist diese Anspannung auf dem Geldmarkt, die sich auch in Zinssätzen von 8 und 9 Prozent ausdrückt, das Widerspiel der gewaltigen Entwicklung, welche unsere wirtschaftlichen Verhältnisse in den letzten fünf Jahren genommen haben. Bedenken wir, daß in der gleichen Zeit unsere Eisenerzeugung um 50 Prozent, unsere Kohlenproduktion um etwa 25 Prozent gestiegen ist, so dürfen wir uns nicht wundern, wenn auch die Ansprüche an die Reichsbank in annähernd gleichem Verhältnis gewachsen sind. Wir dürfen noch eine Genugtuung darüber empfinden, daß trotz dieser schwierigen Verhältnisse und trotz der politischen Störungen, welche zu der Einsperrung von Barvorräten führten, der Goldbestand der Reichsbank sich noch immer auf annähernd 800 Millionen Mark belaufen konnte, während er 1907 trotz eines viel höheren Diskontsatzes auf 472 Millionen herabsank. Es ist dies ein untrüglicher Beweis dafür, daß die Politik der Reichsbank, welche die Stärkung ihres Goldbestandes durch andere Mittel als durch das Anziehen der Diskontschraube versucht hat, von einem vollen Erfolg begleitet worden ist. Zu diesen Mitteln gehört neben der Unterhaltung eines starken Bestandes von Goldwechsell auf das Ausland auch die Ausgabe kleiner Noten. Zu dieser Ausgabe ist die Reichsbank seit dem Jahre 1905 ermächtigt; aber erst in neuerer Zeit ist es gelungen, diese kleinen Noten in erheblicherem Maße dem Verkehr zuzuführen. Nachdem nun auch der Bankiertag in München sich zugunsten dieses Mittels ausgesprochen hat, wird dasselbe anscheinend als eine Art Allheilmittel angesehen. Daher auch das fast einmütige Einverständnis in der Budgetkommission, die bisherige Ausgabegrenze von 300 Millionen zu beseitigen. Es darf aber nicht übersehen werden, daß die Ausgabe kleiner Noten eine sehr gefährliche Rehrseite hat. Indem sie das bare Gold aus dem Verkehr drängt, entblößt sie denselben von der Goldreserve, die in den zirkulierenden Goldmünzen liegt. Die Goldbestände der Reichsbank werden aber um deswillen nicht etwa soviel höher sein, als kleine Noten im Umlauf sind, sondern es wird sich der bekannte Vorgang wiederholen, daß das vollwichtige Geld nach dem Ausland abströmt und die Noten als ein Kreditgeld im Lande bleiben. Wir haben daher schon die Stellungnahme des Bankiertages zu der Frage nicht gebilligt, wir halten es aber für ein geradezu gefährliches Experiment, jede Grenze für die Ausgabe kleiner Noten einfach aufzuheben.

* * *

Auf dem Gebiete des Versicherungswesens vollziehen sich gegenwärtig Vorgänge, welche die größte Aufmerksamkeit beanspruchen. In das deutsche Versicherungswesen hat schon vor einiger Zeit die Gründung öffentlich rechtlicher Lebensversicherungsanstalten, welche von den Landschaften unter Führung der ostpreußischen ausging, einen Keil getrieben. Die Landschaften nahmen die Lebensversicherung zunächst unter dem Gesichtspunkte auf, mittels derselben die

Entschuldung zu fördern; sodann betrachteten sie die Prämienreserven als einen willkommenen Fonds für die Unterbringung ihrer Pfandbriefe und für die Gewährung von Hypothekendarlehen. Die privaten Lebensversicherungen sahen diese Konkurrenz mit mißgünstigen Augen an. Lebhaftige Klagen über den Wettbewerb der Landschaften ertönten. Man sann auf Mittel, dem letzteren im Beleihungsgeschäft zu begegnen und trug sich mit dem Plan, eine besondere Länderbank zu errichten. Da entstand beiden Teilen plötzlich ein neuer gefährlicher Gegner in den wirtschaftlichen Organisationen der Sozialdemokratie, den Gewerkschaften und den Konsumvereinen. Im Zentralverband der Konsumvereine griff man den Gedanken auf, eine eigene Volksversicherung als sogenannte „Volksfürsorge“ ins Leben zu rufen. Man muß sich vergegenwärtigen, was ein solcher Plan zu bedeuten hat. Der sozialdemokratischen Organisation stehen Zehntausende von Arbeitskräften als Agenten und Kassenboten unentgeltlich zur Verfügung. Die Parteiparole verbürgt, daß mit der Errichtung dieser Volksversicherung alles, was zur Sozialdemokratie Fühlung hat, sich dieser Versicherung anschließt. Der Volksfürsorge würden dadurch die enormen Geldbeträge zufließen, welche jetzt als Prämienelder ihren Weg in die Kassen der privaten Gesellschaften nehmen. Es handelt sich dabei um außerordentliche, nach Hunderten von Millionen zählende Summen. Natürlich müssen diese nach den gesetzlichen Bestimmungen angelegt werden, es sind nicht etwa Parteigelder, über welche beliebig verfügt werden kann. Aber ein solcher Kapitalstock bedeutet eine wirtschaftliche Macht und muß der Organisation einen mächtigen Rückhalt geben, während auf der anderen Seite die privaten Gesellschaften eine erhebliche Einbuße erleiden müssen. Alsdann entstand denn auch in den Kreisen der letzteren der Plan, den sozialdemokratischen Vorstoß durch Gründung einer besonderen Gesellschaft mit gemeinnützigem Charakter, der „Deutschen Volksversicherung A.-G.“ zu parieren. Von dieser Gründung aber schlossen sich gerade die Versicherungsgesellschaften, welche bisher die Volksversicherung mit großem Erfolg betrieben haben, vor allem „Victoria“ und „Friedrich Wilhelm“ aus. Sie empfanden in dieser Gründung einen Einbruch in ihre Rechte und zogen es vor, lieber der doppelten Konkurrenz auf Grund ihrer ausgedehnten und bewährten Organisation die Spitze zu bieten. Auch die öffentlichen Lebensversicherungsanstalten verfolgten selbständig den Plan weiter, die Volksversicherung gegen die sozialdemokratische Neugründung zu organisieren. Im Verfolg dieser Bestrebungen ist nunmehr auffallenderweise ein Kartell zwischen den frondierenden Lebensversicherungsanstalten und den öffentlich-rechtlichen Organisationen, jedoch mit Ausschluß des mächtigsten Instituts, der „Victoria“, zustande gekommen. Es stehen nunmehr der sozialdemokratischen Volksfürsorge gegenüber: die „Victoria“ allein, das Kartell, und die deutsche Volksversicherung Aktiengesellschaft. Letzteres Unternehmen gerät damit in eine schwierige Position. Denn es besitzt noch keine Organisation, während die Gegner alle über eine solche, und zwar zum Teil über eine sehr starke, verfügen. Die Organisation gerade

der Volksversicherung ist aber teuer und schwierig. Ein Heer von Agenten und Kassenbeamten ist erforderlich; eine ungeheure Bureau- und Schreibarbeit muß bewältigt werden. Das macht den Erfolg sehr fraglich. Es wird sich daher der Kampf hauptsächlich wohl zwischen den drei übrigen Gruppen abspielen. Man darf dabei nicht vergessen, daß die ganze Volksversicherung ihrem wirtschaftlichen Wert nach recht problematisch ist. Sie ist für den Unternehmer, wie die Erfolge namentlich der „Victoria“ und der „Friedrich Wilhelm“ zeigen, sehr lukrativ, trotz der hohen Kosten. Aber diese Einträglichkeit beruht zum erheblichsten Teil auf der großen Anzahl verfallender Policen. Für die Versicherten ist daher der Wert dieser teuren in vielen Fällen nicht durchführbaren Versicherung ein fraglicher.

* * *

Die Regierung kündigt eine Novelle zum Kaligeseß an, durch welche die vielfachen schmerzlich empfundenen Mißstände beseitigt werden sollen — soweit dies überhaupt möglich ist. Das Kaligeseß hat bekanntlich durch seine Vorschriften über die Quotenübertragung die spekulativen Tendenzen ungemein gefördert. In der prinzipiellen Zubilligung einer Quote an jedes neu entstehende Werk lag ein starker Anreiz zur Schichtvermehrung. Es sind daher, weil auch die vorgesehene Karenzzeit ganz ungenügend war, eine Anzahl neuer Werke entstanden. Es wurden, ohne wirtschaftlichen Grund, bestehende Felder geteilt, neue Schächte angelegt, nur um eine vermehrte Quote zu erhalten, oft auch unrentable Werke gebaut, nur um die Quote vorteilhaft veräußern zu können. So sind zu den fertiggestellten hundertunddreißig Schächten noch weitere etwa hundertundfünfzig im Bau begriffene getreten. Enorme Kapitalien sind zu diesem Zwecke investiert worden, in den letzten Jahren über hundert Millionen Werte jährlich. Diese Ansprüche haben den Kapitalmarkt ungebührlich belastet, und zwar für ganz unproduktive Zwecke. Denn die bestehenden Werke hätten vollkommen ausgereicht, auch die gesteigerte Nachfrage zu decken. Trotz der in den letzten Jahren eingetretenen Steigerung des Absatzes liegt daher in der starken Zunahme der produzierenden Werke eine schwere Gefahr für die gesamte Industrie. Dieser hofft man jetzt durch eine rigorose rückwirkende Erlösung der Karenzzeit und eine Verdoppelung der Kalkabgabe zu begegnen. Es läßt sich jetzt noch nicht übersehen, ob der erhöhte Erfolg damit erzielt wird. Jedenfalls aber werden große Kapitalverluste unvermeidlich sein, auch wenn man sich bemühen will, erworbene Rechte tunlichst zu schonen. Es rächt sich jetzt, daß man beim Kaligeseß nur halbe Arbeit getan hat.

Spectator

